Stahlgipfel NRW 2018

Neue Wege und Perspektiven für die Stahlindustrie

Gemeinsame Erklärung

- **des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen**
- **der IG Metall Bezirksleitung NRW, und**
- **der Wirtschaftsvereinigung Stahl**

Die Stahlindustrie ist unverzichtbarer Teil einer zukunftsorientierten und innovativen Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Sie ist technologisch und qualitativ mit ihren Produkten und mit ihren qualifizierten Beschäftigten gut aufgestellt. Als Technologiegeber trägt sie in erheblichem Maße zur Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wertschöpfungskette bei und ist ein maßgeblicher Impulsgeber für eine nachhaltige Entwicklung. Auch in Zukunft braucht NRW eine Stahlindustrie, die technologisch mit an der Spitze steht, um den bevorstehenden Strukturwandel zu meistern. Digitalisierte Produkte und Prozesse beim Stahl sind eine wichtige Basis zur digitalen Transformation auch in anderen Branchen. Neue Antriebsstränge im Fahrzeugbau sind auf innovative Stähle angewiesen. Auch Klima- und Ressourcenschutz beginnen häufig beim Stahl.

Damit der Wandel gelingen kann, muss den technischen, finanziellen und organisatorischen Herausforderungen gerade auch der digitalen Transformation auf allen Ebenen begegnet werden. Von entscheidender Bedeutung bei der Umsetzung von Industrie 4.0 und Arbeit 4.0 werden entsprechende Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in den Belegschaften sein, insbesondere im Bereich der beruflichen Erstausbildung. Dabei wird auch in Zukunft die in der Stahlindustrie geltende Montanmitbestimmung als ein einmaliges Modell zur Beteiligung der Beschäftigten beitragen, das weiterhin sowohl den wirtschaftlichen Erfolg, aber auch die Sicherheit von Arbeitsplätzen im Fokus haben wird.

Neben den gesellschaftlichen und technologischen Veränderungen sieht sich die Stahlindustrie aktuell nationalen und globalen politischen Herausforderungen ausgesetzt, auf die wir gemeinsam Antworten finden müssen. Dazu zählen insbesondere ein zunehmend unfairer Handel und sich ausbreitende protektionistische Tendenzen auf den Weltmärkten. Hinzu kommen ehrgeizige Klimaziele, die erreicht werden müssen, ohne die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren und Carbon Leakage zu riskieren. Vor diesem Hintergrund ist es das gemeinsame Ziel der Landesregierung NRW, IG Metall und Wirtschaftsvereinigung Stahl, die Innovationskraft der Stahlindustrie in NRW zu erhalten, auszubauen und damit Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu sichern.

Die folgenden Bereiche stehen dabei besonders im Fokus:

Internationaler Handel

Die unterzeichnenden Partner sprechen sich dafür aus, dass der weltweit zunehmende Protektionismus beim Außenhandel bekämpft werden muss. Im Fokus stehen aktuell die USA, die den Verzerrungen im internationalen Wettbewerb mit Instrumenten begegnen, die außerhalb der Welthandelsordnung stehen. Angesichts der von den USA aus nationalen Sicherheitsinteressen verhängten Strafzölle auf Stahlimporte muss sich die Europäische Union

als handlungsfähig erweisen. Sie sollte daher gegen Maßnahmen gemäß US-Section 232 konsequent mit den Instrumenten vorgehen, die hierfür von der Welthandelsorganisation WTO bereitgestellt werden. Ein wichtiges Ziel ist es, die EU-Stahlindustrie durch Schutzklausel-Maßnahmen (Safeguards) solange zu schützen, wie Handelsumlenkungen in den EU-Raum drohen. Der regulatorische Spielraum der WTO ist voll auszuschöpfen. Hierzu zählen z.B. länderspezifische Importquoten.
Daneben unterstützen die Unterzeichner alle Anstrengungen auf multilateraler Ebene (z.B. beim Global Steel Forum) die weltweiten Stahlüberkapazitäten – insbesondere aus China – abzubauen.

Energie, Klimaschutz und industrielle Wettbewerbsfähigkeit
NRW ist Energie- und Industrieland. Die Unterzeichner setzen sich für die erfolgreiche Verknüpfung von Klimaschutz und industrieller Wettbewerbsfähigkeit ein. Weitere Belastungen für die Stahlindustrie müssen vermieden werden. Nur wenn eine Strompreis- und CO_2-kostenbedingte Abwanderung der Produktion (Carbon Leakage) dauerhaft verhindert wird, kann die Stahlindustrie vor Ort Forschung betreiben und sich auch langfristig ihren Zukunftsaufgaben stellen. Der Weg zu einer CO_2-armen Industrie muss verantwortungsvoll und tragfähig beschritten werden. Dafür ist die Schaffung weltweit gleicher Wettbewerbsbedingungen essentiell.

Die Unterzeichner fordern nationale und europäische Rahmenbedingungen, mit denen eine international wettbewerbsfähige und leistungsstarke Stahlproduktion weiterhin möglich ist. Insbesondere müssen die weiterhin drohenden erheblichen Mehrkosten durch den europäischen CO_2-Emissionsrechtehandel kompensiert werden. Die Strompreise in Deutschland sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Grund dafür sind vorrangig Steuern, Abgaben und Umlagen. Für die Industrie führt dies zu Wettbewerbsnachteilen im europäischen und internationalen Vergleich. Daher muss die Bundesregierung sicherstellen, dass die Belastungsbegrenzungen der energieintensiven Industrien bei den energiepolitischen Strompreisaufschlägen beibehalten werden.

Der im Rahmen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ geplante Kohleausstieg kann erhebliche negative Auswirkungen auf Stromkosten und Versorgungsstabilität energieintensiver Industrien wie Stahl haben. Ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit muss daher auch in der Kommission in hohem Maße mitberücksichtigt werden.

Forschung und Entwicklung
Nordrhein-Westfalen zeichnet sich durch ein exzellentes Netzwerk von Stahlforschungseinrichtungen aus. Die hiesige Stahlindustrie ist ein Technologiegeber und eng in die Wissensnetze der deutschen Industrie eingebunden. Dabei kann sie sich auf das hervorragende Netzwerk mit Hochschulen und Instituten stützen. Die Partner wollen diese Verbindungen ganz besonders in den Forschungsbereichen CO_2-Reduktion, Kreislaufwirtschaft, Industrie 4.0, Digitalisierung, Prozessoptimierung, Energie- und Rohstoffeffizienz, Wasserstoffnutzung sowie Leichtbau noch intensivieren. Themenfelder sind hierbei in erster Linie neue Werkstofffestigkeiten, additive Fertigung, Entwicklung eigener Intelligenzen und die Prozessoptimierung. So können sich für das Industrie- und Exportland NRW neue Perspektiven für eine CO_2-arme Industrie ergeben.

Da Zukunftstechnologien zur CO_2-armen Stahlerzeugung auf absehbare Zeit die Wirtschaftlichkeit nicht erreichen können und bereits die Forschung, Entwicklung und erste Umsetzung solcher Verfahren erhebliche Investitionen erfordern, bedarf es einer staatlichen Unterstützung und Förderung solcher Projekte. Dazu wollen die Partner gemeinsam den Dialog mit der Bundesregierung und der EU suchen und verstärken, um die Situation der Stahlbranche in den Fokus zu bringen.
Die Stahlindustrie ist ein Teil industrieller Wertschöpfungsnetzwerke. Das nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerium wird mit einer Studie erkunden, wie diese Netzwerke – z.B. auch durch Digitalisierung – gestärkt und weiterentwickelt werden können.

Kreislaufwirtschaft
Die Unterzeichner setzen sich durch optimierte Produktion, recyclingfähige Werkstoffe und Produkte dafür ein, NRW zum Musterland der Kreislaufwirtschaft zu machen, Hierbei gilt es, insbesondere die Potentiale des Stahls zu heben, etwa beim Ökodesign, bei der Ressourceneffizienz oder durch ganzheitliche Ökobilanzierung. Sein großer Vorteil liegt in der Multi-Recycling-Eigenschaft, weswegen er nach jedem Lebenszyklus erneut ressourcenschonend für eine neue Verwendung zur Verfügung steht. Weitere Potentiale zur Steigerung der Nachhaltigkeit in NRW werden in der Förderung einer vermehrten Nutzung von Ersatzbaustoffen, insbesondere Eisenhüttenschlacken in öffentlichen Bauvorhaben, gesehen.
Stahl ist der Enabler der Circular Economy. Neue Stähle und innovative Anwendungen ermöglichen Neuentwicklungen in anderen Branchen und damit auch die Schließung von Kreisläufen in anderen Sektoren. Gerade das Industrie- und Exportland NRW trägt so mit neuen Produkten weltweit zum Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz bei.

Kontinuierlicher Dialog
Die unterzeichnenden Parteien werden den Dialog zu den jeweils aktuellen Herausforderungen und Handlungserfordernissen für die nordrhein-westfälische Stahlindustrie fortsetzen.

Die Unterzeichner begrüßen den seitens des Wirtschaftsministeriums Nordrhein-Westfalen bereits im März 2018 mit den anderen stahlproduzierenden Bundesländern gestarteten Dialog. Nordrhein-Westfalen wird sich darüber hinaus für eine Allianz der Stahlregionen in der Europäischen Region einsetzen. Das Wirtschaftsministerium wird dazu im Herbst Vertreter von Stahlregionen aus Europa und Deutschland zu einem Meinungsaustausch zu dem Thema „Forschung und Innovation beim Stahl“ nach Brüssel einladen.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie NRW	**Hans Jürgen Kerkhoff** Präsident und Geschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Stahl	**Knut Giesler** Bezirksleiter der IG Metall NRW

Düsseldorf, 09. Juli 2018